



Christian Schmidt
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesminister a.D.
Landesvorsitzender des EAK Bayern

Christian Schmidt MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn
Vorsitzenden des Rates der EKD
Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Unter den Linden 71
Raum 2.30 – 2.33
☎ (030) 227 – 71630
☎ (030) 227 – 76962
✉ christian.schmidt@bundestag.de

Wahlkreis

Ansbacher Str. 20b
91413 Neustadt a. d. Aisch
☎ (09161) 87 51 71
☎ (09161) 87 68 83
✉ christian.schmidt.wk@bundestag.de

Berlin, 27. April 2021

Sei rechtz Herr Bundesminister, lieber Herr Bedford-Strohm,

mit - vorsichtig gesagt - Unverständnis habe ich zur Kenntnis genommen, dass laut Medienberichten das von der EKD mitfinanzierte Rettungsschiff „Sea Watch 4“ im Mittelmeer unter der Flagge der „Antifa“ unterwegs ist. Damit ist aus meiner Sicht ganz klar eine Grenze überschritten. Dieses Schiff kann nicht am Bug oder über den Toppen Flaggschiff einer Gruppierung sein, die zu Rechtsstaat und demokratischem Konsens ein gebrochenes Verhältnis hat. Es ist inakzeptabel, wenn eine linksextreme Gruppierung, der es an einer klaren Ablehnung von Gewalt als Mittel fehlt, kirchliches Handeln desavouiert.

So gestatten Sie mir auch, dass ich ein Einholen der Flagge nicht nur für begrüßenswert, sondern für unabdingbar halte. Ich würde doch empfehlen, dass die EKD als Hauptgeldgeber dieses Schiffes klarstellt, dass ein solches Verhalten abgestellt werden muss.

Ungeachtet der sachlichen und strukturellen Fragen zur Bewältigung dieser humanitär katastrophalen Situation, über deren Beantwortung wir Gelegenheit hatten, unsere teils unterschiedlichen Sichtweisen auszutauschen, haben ideologisch-extremistische Positionen auf einem Schiff, das mit Unterstützung der Kirche der Rettung Schiffbrüchiger dienen soll, überhaupt nichts verloren.

Auch zur Beantwortung der Frage, wie Menschen aus Seenot gerettet werden oder wie es noch besser verhindert werden kann, dass sie überhaupt auf See geschickt werden und Risiken für Leib und Leben eingehen, sollte doch für uns alle klar sein: Politischer Extremismus ist völlig inakzeptabel.

Deswegen darf ich die Erwartung äußern, dass die EKD klarmacht, dass nicht auch nur der Eindruck von gemeinsamer Sache der Kirche und des Linksextremismus entstehen darf. Da hilft kein gutes Zureden, hier muss die EKD nach meiner Ansicht klare Kante zeigen.

Wir bewegen uns ansonsten auf die Gefahr eines politisch-gesellschaftlichen Dammbrechts zu. Ich werde mir erlauben, dieses Thema gegebenenfalls auch publizistisch so anzusprechen.

Mit freundlichen Grüßen

The (H) Schmidt